

Stellungnahme der Fraktion der SPD im Gemeinderat Geislingen zum Haushaltsplan 2015 und zum Finanzplan 2016 - 2018

In Anbetracht des Wechsels im Amt des OB im letzten Jahr wäre sicher das Zitat „*Der Wechsel allein ist das Beständige*“ von Schopenhauer angebracht. Der ist jetzt jedoch schon Vergangenheit und der neue OB hat sich, so als kurze Zwischenbilanz meinerseits, gut in sein Metier eingearbeitet. Für eingefleischte Schwaben wie uns muss dieses Lob genügen und ich versuch' s noch mit einem anderen Zitat aus der „*BALLADE VON DER UNZULÄNGLICHKEIT MENSCHLICHEN PLANENS*“ aus der Dreigroschenoper von Bertolt Brecht, das unsere Situation im Moment gut widerspiegelt:

*Ja, mach nur einen Plan! Sei nur ein großes Licht!
Und mach dann noch' nen zweiten Plan. Gehn tun sie beide nicht.*

Dieses Zitat fällt einem sofort ein, wenn man die Haushalte der letzten Jahre, in diesem und im nächsten Jahr (2015) und die Diskussion im GR bei den letzten Vergaben für die Generalsanierung des Michelberggymnasiums betrachtet. Nach drei Jahren – für Geislinger Verhältnisse - sprudelnder Einnahmen, erwarteten wir im Jahr 2014 weiterhin stabile Gewerbesteuereinnahmen, die uns erlauben würden mit klarer Prioritätensetzung die begonnenen großen Projekte über die Bühne zu bekommen. Der Rechenschaftsbericht 2013, der im positiven Sinne von den Planzahlen im damaligen Haushalt abwich, erlaubte uns sogar die Rücklagen auf sage und schreibe 11 Mio zu erhöhen. Euphorisch machte die Geislinger Zeitung im Vorfeld der OB-Wahlen mit der Schlagzeile „**Stadt ist quasi schuldenfrei**“ auf. Diese Schlagzeile war doch sehr irreführend und trügerisch.

Kämmerer Pawlak wird im gleichen Artikel so zitiert: „*Pawlak war es, der mit Blick auf die WMF warnte: Bereits 2013 habe sich deren Gewinn gegenüber 2012 halbiert. Was die Umstrukturierungen wohl noch bringen? 'Ich weiß es nicht, aber es wird negative Auswirkungen haben. Die WMF bereitet mir Sorgen', sagte der Kämmerer.*“ Heute verklausuliert er dies mit „**strategische(n) Überlegungen von lokalen Unternehmen**“. Prompt musste der Gemeinderat in der ersten Sitzung des neuen OB vor allem auf Grund von Gewerbesteuerrückzahlungen einen Nachtragshaushalt verabschieden, der zur Abdeckung des aufgetretenen Haushaltslochs hohe Rücklagenentnahmen bedurfte. Dies ist auch für 2015 ff. zu erwarten, wie man den veranschlagten Zahlen im Haushalt bei der Gewerbesteuer entnehmen kann. Für 2015 kalkuliert der Kämmerer mit – 2,9 Mio. gegenüber dem Ansatz 2014, für 2016 und 2017 mit Einnahmerückgängen bei der Gewerbesteuer von 2,6 Mio bzw. 2,5 Millionen €, also in 3 Jahren 8 Mio. Gewerbesteuer weniger. Hätten wir die, der barrierefreie Bahnhof wäre finanziert.

Hinzu kommt, dass die **konjunkturelle Entwicklung** vor sich hindümpelt und die Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten Monaten nach unten korrigiert werden mussten. Gerade der Export, der zum größten Teil in den Euroraum fließt, hat Probleme mit der schwächelnden Nachfrage. Einige Ökonomen sprechen schon von Stagnation. Im Moment scheint vor allem das Konsumentenverhalten die Wirtschaft in

unserem Land stabil zu halten. Auch deshalb ist die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns keine dumme Sache.

Die Umstrukturierungsmaßnahmen bei der **WMF** mit den oben erwähnten Folgen sind noch in vollem Gange. Die Planung dessen wird der Stadt auch deshalb schwerfallen, weil die WMF AG nach dem Rückzug von der Börse in allen ihren Entscheidungen in Zukunft keine öffentliche Rechenschaft mehr ablegen muss. Dass der Sitz der WMF AG in Geislingen bleibt ist im Augenblick nur eine Hoffnung, die hoffentlich nicht trügt. Wir beglückwünschen den Betriebsrat und die Belegschaft für das - angesichts der Situation - gute Verhandlungsergebnis für die Standortsicherung und dem vorläufigen Vermeiden von Kündigungen. Den verantwortlichen ArbeitnehmerInnenvertretern ist es gelungen ein breites solidarisches Bündnis zwischen Beschäftigten, Bürgerinnen und Bürgern, MandatsträgerInnen, Verbänden, Parteien und Vereinen zu schmieden. Eine breite Solidarisierungswelle, die in der Menschenkette um die WMF gipfelte, aber auch andere Formen fand, stärkte den Verhandlungsführern den Rücken.

Allerdings scheint das nur ein kurzes Aufatmen zu bedeuten. Vor kurzen gab es eine Verschmelzung der WMF AG mit der Finedining Capital AG. Die Finedining Capital AG ist eine Tochtergesellschaft der Finedining (Cayman) Limited, hinter der wiederum die Private-Equity-Gesellschaft KKR steht. Da damit die Kredite für den Kauf der Anteile bei der WMF und damit die Kreditkosten der Übernahme in das Unternehmen einfließen, wird das noch einige Auswirkungen auf die Gewerbesteuererinnahmen der Stadt haben und die Eigenkapitalquote senken. Viele, für die Belegschaft und für die Stadt, wichtige Fragen bleiben offen: Wie stellt sich die WMF in Zukunft auf? Was für eine neue Gesellschaft entsteht und was für eine Unternehmensform hat sie? Wer trägt die Kreditlasten aus dem Aktienkauf? Welche Auswirkung hat die reduzierte Betriebsfläche und die vergrößerten Fabrikverkäufe auf die Stadtplanung und Stadtentwicklung? Wie schon oft gesagt: Dass dies in wirtschaftlichen guten Jahren für die WMF geschieht, bei anhaltend gutem Umsatz, ist besonders tragisch.

Eine breite Solidarisierung zeigte sich auch nach der Nachricht vom Insolvenzverfahren der **Kaiserbrauerei**. Positiv stimmt uns die vor zwei Wochen veröffentlichte Meinung des Insolvenzverwalters bei der Kaiserbrauerei in der Geislinger Zeitung unter der Überschrift „*Sanierungskonzept greift.*“ Positive Signale brauchen wir, obwohl auch hier gilt, jeder verlorene Arbeitsplatz tut weh.

Eine weitere wichtige Rolle bei den Einnahmen der Kommunen spielt vor allem der **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer**. Für Geislingen gab es hier eine ständige Entwicklung nach unten. Seit 1970 ist die Schlüsselzahl, die sich aus dem Verhältnis des Einkommenssteueraufkommens der Stadt zum Einkommenssteueraufkommen des Landes ergibt, von 0,0037738 auf 0,0019247 für die Jahre 2015-2017, um 49% gesunken. Gegenüber den vergangenen drei Jahren um 8,5%. Gälte die Schlüsselzahl des letzten Jahres, hätten wir dieses Jahr immerhin 1 Mio € mehr im Stadtsäckel.

Eine Ursache ist sicherlich das im Vergleich zu den anderen Städten der Region geringere pro Kopf Einkommen, sowie der Einwohnerverlust. (Geislingen – 5,02 %, BaWü + 19,51%

seit 1970). Schnell geht es bestimmt nicht, den Trend nach unten bei der Schlüsselzahl umzukehren. Die **Stärkung des Image als familienfreundliche Stadt**, ein positives Image allgemein (OB Dehmer) und die Ausweisung neuer attraktiver Baugebiete in den Stadtbezirken und in der Kernstadt, wie von Bernd Pawlak vorgeschlagen, sind sicher Ansätze die verfolgt werden sollten.

Antrag: Wir sind gespannt auf die konkreten Vorstellungen der Stadtverwaltung dazu und erwarten einen baldigen Bericht darüber.

Im Kontext der Stadtentwicklung sind wir auch angetan von der soliden Bilanz der **GSW**. Wir begrüßen den Verkauf eines Grundstücks in der Hinteren Siedlung und den geplanten Bau eines wohl dimensionierten Pflegeheimes darauf. Gespannt sind wir auch auf die städtebauliche Neuordnung und Überplanung in den Bruckwiesen.

Die Ergebnisse des Gespräches der Delegation aus dem Kreis mit dem Bundesverkehrsminister bezüglich Weiterbau B 10 brachten nicht das erwartete Ergebnis. Unser Landkreis ist neben der in eigener Verantwortung stehenden Infrastruktur auf die Hilfe von Bund und Land in Sachen A 8 und B 10 angewiesen. Das Land hat auf seiner Vorschlagsliste an den Bund der **B 10 und der B 466** hohe Priorität eingeräumt. In der Priorisierungsliste des Landes war der Erdmassenausgleich der entscheidende Grund dem Bund zu empfehlen, den Bau der B10 zügig voranzutreiben. Der Bund ist diesem Vorschlag des Landes nicht gefolgt und hat die B29 Möglingen dem Vorschlag des Landes vorgezogen. Der Besuch in Berlin hat daran nichts geändert. Eines ist klar: Der Ball liegt beim Bundesverkehrsminister und der hat nach dem Bericht der Geislinger Zeitung online von gestern als Reaktion auf den Vorschlag der Freien Wähler „die Hoffnung auf B 10 Weiterbau zerschlagen“.

Der Arbeitskreis **Steuerschätzung** kommt im November 2014 zum Ergebnis, dass „Bund, Länder und Gemeinden ... auch in den nächsten Jahren mit wachsenden Steuereinnahmen rechnen“ können. Da sollte man ja wohl meinen, dass es uns auch weiterhin gelingen sollte genehmigungsfähige Haushalte zu erstellen. Allerdings gilt die Annahme, wie auch in der Haushaltsrede von Kämmerer und OB aufgezeigt, nicht für jede Kommune. Es gibt in der kommunalen Familie **Gewinner und Verlierer**, Geislingen gehört im Moment und in der Vergangenheit, auch in den guten Jahren, zu den Verlierern. Das führt uns auch der jährliche IHK-Vergleich der Kommunen der Region Stuttgart immer wieder vor Augen. Bei den Einnahmen am Schluss der Tabelle, bei der pro Kopf-Verschuldung in der Spitzenposition. Logisch, dass gerade diese Kommunen einen hohen Investitions- bzw. Sanierungsstau haben.

Natürlich werden, allerdings zeitversetzt, die Einbrüche bei der Gewerbesteuer durch die Schlüsselzuweisungen vom Land z.T. ausgeglichen, aber halt nur zum Teil. Insbesondere der Anstieg der Gewerbesteuerumlage um ca. 600 000 € und der, wenn auch moderate Anstieg, des Hebesatzes für die Kreisumlage tun uns weh. Uns ist klar, dass die Anforderungen an den Landkreis sich in den letzten Jahren auch erhöht haben. Insbesondere Themen wie zukunftsorientierter ÖPNV, Sicherung der Zukunft der Kreiskliniken aber auch der Anstieg der Ausgaben für soziale Leistungen sind hier große

Summen, die aufgebracht werden müssen. Trotzdem haben wir nichts dagegen, wenn der Anstieg der **Kreisumlage** nicht bzw. moderater (37 %) ausfällt. Finanziell stehen wir mit dem Rücken zur Wand.

Wir sind nicht in der Lage ohne große **Zuschussprogramme** irgendwelche größeren Investitionen zu tätigen. Kein ungewohnter Zustand für uns. Auch aus diesem Grund ist es schwierig nachhaltige Stadtentwicklung zu betreiben, was uns aber trotzdem nicht davon abhalten sollte. Für die Zuschüsse sind wir dankbar, andererseits reichen sie nicht aus. Auch wenn das Land in den letzten drei Jahren die Zuschüsse in vielen Bereichen erhöht oder erst eingeführt hat, z.B. Kinderbetreuung und Schulsozialarbeit, decken sie nicht alle Defizite ab. Natürlich bleibt noch, wie Bernd Pawlak meint, noch viel Luft nach oben. Man habe „*nur teilweise den Konnexitätsfall umgesetzt*“. Aber abgerechnet wird nach dem Berechnungsmodell der kommunalen Spitzenverbände.

Die Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern steht jetzt auf der Tagesordnung. Dabei gilt es aus unserer Sicht die Interessen und die angespannte finanzielle Lage vieler Städte und Gemeinden zu berücksichtigen. Wir unterstützen die Forderung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, dass die Zusage der Bundesregierung, die Kommunen um 5 Mrd. Euro pro Jahr zu entlasten, noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt und wirksam wird. 1 Mrd. davon wurde vom Bundestag im September 2014 bereits beschlossen.

War der, wegen der notwendigen Sanierungsmaßnahmen in Kauf genommene **Anstieg der Verschuldung im Haushaltsplanentwurf** 2014 (pro Kopf von 346,28 um 167 € auf 513 €) schon Besorgnis erregend, werden diesmal im Kernhaushalt für das kommende Jahr nochmals 1,3 Mio. draufgesetzt, zu dann stattlichen 21,3 Mio. Pro Kopf sind das am Ende des Jahres 2015 dann nochmals 297 € mehr, also dann 810,65 €. Wie schon öfter an dieser Stelle gesagt: Geislingen hat ein Einnahmeproblem, betreffende der Stetigkeit der Gewerbesteuer und der Höhe der Einkommenssteuer. Deshalb kann man, selbst wenn man es sich vornimmt, den Haushalt nicht dauerhaft von Schulden entlasten, ohne auf dringend notwendige Maßnahmen zu verzichten.

Auch aus diesem Grund stößt die **Klage der Umlandgemeinden** gegen den Bescheid des Kultusministers, dass "ein dringendes öffentliches Bedürfnis" der Stadt für eine Mitfinanzierung der Sanierung des Michelberggymnasiums durch das Umland bestehe, bei mir auf ein nur geringes Verständnis. Zumal das Kultusministerium ausdrücklich darauf hinwies, dass zuvor Verhandlungen über die Beteiligung geführt werden müssen und sich die Umlandgemeinden nur an einem geringen Teil der Kosten (minus Standortvorteil und sonstigen Zuschüssen) beteiligen müssen. 60 % der Schüler am Migy kommen aus den Umlandgemeinden. Der Widerstand der Umlandgemeinden riecht deutlich nach Kirchturmpolitik und wird von uns als „unfreundlicher Akt“ empfunden. Trotzdem hat OB Dehmer unsere Unterstützung, wenn er weiterhin offen und höflich mit den Vertretern der Umlandgemeinden im Helfensteiner Land umgehen will.

Die Dissonanzen im Orchester, das die **Musik im Einzelplan 9** macht, treffen uns zu einem Zeitpunkt an dem wir mitten in den größten **Investitionen** der letzten Jahre

stehen. Michelberggymnasium, DSR, Alter Zoll, Rathaus, um nur einige herausragende Projekte zu nennen. Wir sind uns hier alle einig: Die Investitionen in diese Sanierungsmaßnahmen sind nachhaltig und unbedingt notwendig. In einer solchen Situation tun natürlich Kostensteigerungen, wie z.B. beim MIGY besonders weh. Schon in der noch guten Phase, während der Beratung zum Haushalt 2014 haben wir betont, dass diese Projekte uns alles abverlangen werden und jegliche Einsparmöglichkeit auszuschöpfen ist. Aber betonen möchte ich auch, dass wir im Moment noch eine Million unter dem geschätzten Preis einer konventionellen Sanierung liegen. Das sollte aber auch so bleiben. Deshalb ist es umso erfreulicher, dass die Planung zum Energie+Haus beim Migy einen Preis der Umweltstiftung in Höhe von fast 1 Mio. € und die Erneuerung der Lichtkuppel in der DSR einen Zuschuss von der Denkmalstiftung in Höhe von 75000 € bekommen haben. Eine der vordringlichsten Aufgaben einer Stadtverwaltung in der finanziellen Situation von Geislingen muss es sein, möglichst viele Förder-, Zuschuss- und Spendentöpfe aufzutun.

Alter Zoll und Rathaus: Entscheidend für die Durchführung – der ebenfalls notwendigen Maßnahmen – ist hier die mögliche Bezuschussung durch das Land und den Denkmalschutz. Bei 51 % der Kosten kann man eigentlich nicht nein sagen. Lobend erwähnt sei hier die Umsetzung der Barrierefreiheit durch einen Aufzug, der gleichzeitig Rathaus und Schubarthaus miteinander verbindet.

Spannend wird beim Alten Zoll die Diskussion, wie er nach der Sanierung genutzt werden soll. Auch hier gilt: Hohe zusätzliche Kosten können wir uns nicht leisten. Vorschläge dazu machten wir schon in unserer letzten Haushaltsrede.

Bei der gegenwärtigen finanziellen Situation der Stadt müssen immer wieder alle Arten von Beschaffungen auf den Prüfstand gestellt werden. Vor allem gilt es zu überprüfen, ob Anschaffungen und Projekte nicht geschoben werden können. Wenn aber bei veralteten Objekten (Fahrzeugen etc.) die Reperaturen stark zunehmen ist es doch geboten, über seinen Schatten zu springen und der Anschaffung, z.B. einer neuen

Feuerwehrdrehleiter zuzustimmen. Zumal sie preislich etwa 100 000 € günstiger ist, als im Haushaltsplan eingestellt.

Frage: Ist die Verschiebung der Neubeschaffung eines Einsatzleitfahrzeugs möglich und sinnvoll?

Deutlich problematischer sieht unsere Lage bei anderen, wie OB Dehmer sagt, „in der Öffentlichkeit diskutierten Projekten“, wie dem **barrierefreien Bahnhof**, der **Mehrzweckhalle Aufhausen**, der **Schaffung schneller Internetzugänge** und die **Sanierung von Straßen** aus. Dass diese Projekte uns wichtig sind, zeigt die breite Zustimmung im Gemeinderat für die Einstellung von Mitteln für die Vorplanung der Bahnhofsmmodernisierung um belastbare Zahlen zu bekommen und die vorgeschlagene Einstellung von Planmitteln für die Breitbandverkabelung, die zweite Planungsrate für die Aufhausener Halle und die von der Verwaltung ausgeführten Überlegungen für weitere Dorfverschönerungen. Eine Priorisierung, Verschiebungen und das aktive Warten auf

mögliche Zuschussmittel ist das Gebot der Stunde. Es werden schwierige Entscheidungen und Abwägungen. Wie können hierbei die Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden?

Gerade in Bezug auf die **Breitbandverkabelung** möchte ich noch einmal unsere Position darstellen. Auch in ländlich strukturierten Regionen ist ein schnelles und ein möglichst an Glasfaserkabel angebundenes Internet heute geradezu ein Muss, um die Zukunft von Kommunen zu sichern. Es geht darum Wegzug bzw. Zuzug von Firmen und Bürgerinnen und Bürgern zu verhindern bzw. zu fördern. Ein Hoffnungsschimmer: Das Ziel der Bundesregierung und der Länder ist es bis 2018 eine flächendeckende Grundversorgung mit mindestens 50 Mbit/s zu erreichen. Deshalb macht die Bereitstellung von Planmitteln auch Sinn. Wir müssen zubeißen können, wenn ein dicker Regenwurm an der Angel hängt und hoffen, dass wir dann trotzdem weiterschwimmen können.

Der Kreis investiert jährlich 100 000 € in den Kreisradwegeplan. Für den **Radweg zwischen Türkheim und Aufhausen**, der insbesondere auch für die Türkheimer und Aufhausener Schülerinnen und Schüler notwendig wäre, sind keine Planmittel eingestellt. Wir stellen den Antrag dieses Thema im Rahmen der Haushaltseinzelplanberatungen zu behandeln.

Ein weiteres Projekt verlangt nach Fortsetzung. Mit viel Aufwand wurde im März der sogenannte **MACH5**-Prozess gestartet. Ziel war es mit intensiver Bürgerbeteiligung einen nachhaltigen Stadtentwicklungsprozess in Gang zu setzen. Viele Vorschläge seitens der Bürgerschaft wurden dabei gemacht. Konkret wurde schon an der Aufwertung der **Oberen Stadt** gearbeitet. Ergänzende Stichworte unsererseits wären dazu Gebäudebeleuchtungen mit LED-Lampen, die z.Zt. funktionslosen „Schwengelpumpbrunnen“, das Glockenspiel im Alten Rathaus und die Reaktiveringung der Synchronisation mit den Wasserspielen. Wir sind gespannt was und wie das die neue Stadtspitze konkret aufgreift.

Geislingen braucht eine bessere Außen- und eine bessere Innenwahrnehmung – dazu gehört auch die **Wochenmärkte**, und damit bringe ich unseren letztjährigen Antrag zu den Wochenmärkten noch einmal ein, der es bisher über die Lämplesdebatte nicht hinausgebracht hat.

Bei der **Kleinkindbetreuung** steht noch die Kindertagesstätte St. Elisabeth der katholischen Kirchengemeinde aus. Dann sehen wir, was den Ausbau betrifft, das Ende der Fahnenstange. Durch die Angebotssteigerung in diesem Bereich steigen die Personalstellen der Stadt um 19 Stellen und der Zuschussbedarf innerhalb von 2 Jahren um 1,2 Mio € auf 5,4 Mio in 2015. Trotz knapper Kassen eine sinnvolle Ausgabe.

Mehr Bildungsgerechtigkeit bedeutet konkret, wir wollen jedem Kind ermöglichen, den für es bestmöglichen Schulabschluss zu erreichen, egal aus welchem sozialen Umfeld es stammt und welche Wurzeln es hat. Das Fundament bildet die konsequente individuelle Förderung und die Förderung und Beratung von Familien. Hier greift in den Kindertageseinrichtungen das Programm **Kinder- und Familienbildung, kurz KiFa** genannt. Es wird in Geislingen in der Einrichtung „Bunte Welt“ durchgeführt und wurde

auch schon mal im Gemeinderat vorgestellt. Wir als SPD Fraktion wollten wissen, wie hoch die Kosten wären, wenn es auch an anderen Einrichtungen umgesetzt würde. **Im vorletzten Integrationsrat wurde ein Antrag zur Einführung von KiFa verabschiedet. Wir unterstützen diese Initiative und bitten um Behandlung im Gemeinderat.**

Unsere letztjährige Frage: „Wie stark hat die Arbeitsintensität im Kernverwaltungsbereich des FB 5 zugenommen und können die gestiegenen Anforderung mit vorhandenem Personal bewältigt werden?“ wurde von Stadtverwaltung und Gemeinderat mit der Schaffung zusätzlicher Stellen beantwortet. Das ist gut so.

OB Dehmer stellt in seiner Haushaltsrede die Frage, wie die **Schullandschaft in Zukunft** aussehen soll? Die Schulentwicklungsplanung sei die Antwort darauf bisher schuldig geblieben. Davon abgesehen, dass im Geislinger Beirat für Schulentwicklung schon einiges besprochen und geregelt wurde – GMS, Ganztagesangebote – ist das ein Prozess, der sicher nicht generell abgeschlossen werden kann. Im Kern geht es jetzt für Geislingen um die Frage, wie gestalten wir das Zweisäulenmodell konkret aus. Herr Dehmer meint, dass durch den Beschluss des Kultusministeriums zur Reform der Realschulen, die er dann etwas abwertend als „Gemeinschaftsschule light“ bezeichnet, die Planungen in diesem Bereich nicht einfacher würden. Wir sind der Meinung, dass dieser Beschluss des KM die richtige Antwort auf die Entwicklung der Realschulen ist, nicht erst seit die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung abgeschafft wurde. **Für uns würde es Sinn machen, wenn sich Uhlandsschule und Daniel-Straub-Realschule auf einen gemeinsamen Schulentwicklungsprozess begeben würden.** Wie schon so oft gesagt, es geht nicht vordringlich um den Erhalt bestimmter Schulen, sondern um ein passendes pädagogisches Angebot für die Schülerinnen und Schüler. Dieses zu gestalten fordert den Schulträger in Zukunft auch finanziell.

Was wir nicht machen dürfen ist, uns an den jährlichen Zuschussbedarf der **Stadtwerke** (1,2 Mio. €), ausgelöst durch den erheblichen Abmangel des **5TB** gewöhnen. Unser Augenmerk muss immer wieder darauf gerichtet sein, hier Verbesserungsmöglichkeiten zu finden. Wir brauchen hier einen **kontinuierlichen Verbesserungsprozess**.

Alles in allem befindet sich unsere Stadt nach ein paar relativ entspannteren Jahren wieder in einer sehr angespannten finanziellen Situation. Da darf nicht mehr viel dazwischen kommen. Aber wir können noch handeln. Wir haben noch Entscheidungskompetenzen.

Eine Gefahr für die Handlungsfreiheit und die Organisationsfreiheit der Kommunen steht jedoch drohend am Horizont. Es sind dies die mehr oder weniger im geheimen ausgehandelten verschiedenen **Freihandelsabkommen** (CETA, TTIP, TISA). Heribert Prantl, Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung, nennt sie einen „Anschlag auf die parlamentarische Demokratie“. Dass diese Abkommen auch eine Gefahr für die kommunale Selbstverwaltung und die öffentliche Daseinsvorsorge bedeuten können, zeigen auch Stellungnahmen vieler Kommunen, kommunaler Spitzenverbände und kommunaler MandatsträgerInnen. Die Freihandelsabkommen, mit ihren außergerichtlichen Schiedskommissionen und Investitionsschutz, berühren zahlreiche Bereiche, in denen die

Gemeinden über eigene Kompetenzen verfügen. Sie sind ein wiederholter Angriff des Neoliberalismus auf die Öffentliche Daseinsfürsorge (Wasser etc.). Der Deutsche Städtetag ging in einem Beschluss vom Februar 2014 auf kritische Distanz zu TTIP. Er forderte von der Bundesregierung auf die Wahrung der europäischen Sozial- und Umweltstandards und auf den Schutz und die Hoheit der Kommunen bei der Organisation der kommunalen Daseinsvorsorge Wert zu legen.

Er fordert, dass ... *„insbesondere die nicht liberalisierten Bereiche, wie die öffentliche Wasserver- und Abwasserentsorgung, die Bereiche Abfall und ÖPNV, soziale Dienstleistungen sowie alle Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge im Kulturbereich, ... explizit ausgeschlossen“* werden. Er bemängelt, dass die bisherigen Verhandlungen intransparent seien und erheblich die Rechte der gewählten Mandatsträgerinnen auf allen Ebenen vernachlässigten. Wir könnten nun bis zu den Entscheidungsprozessen abwarten und Tee trinken und anschließend dann wieder beklagen, dass man die Interessen der Kommunen im Bund und der EU nicht ernst nehme. Oder – und das erheben wir zum **Antrag – noch in einer der nächsten Gemeinderatssitzungen diese Thema beraten und uns von unserer Seite durch eine Resolution dem Protest dieser kritischen Kommunen, dem Vorsitzenden des bayrischen Städtetags dem Nürnberger OB Maly, dem Bezirkstag Schwaben anschließen.**

An dieser Stelle möchte ich mich im Namen meiner Fraktion bei allen **ehrenamtlich Tätigen** in der Stadt Geislingen bedanken. Eine Stadt ohne ein umfassendes ehrenamtliches Engagement wäre nur eine leere Hülle, ohne Inhalt, ohne Herz. Dies gilt insbesondere auch für Geislingen. In unzähligen Vereinen und Initiativen wird kulturelle, soziale und sportliche Identität geschaffen. Schwer zu verifizieren ist es, dies in materiellen Zahlen auszudrücken. Allein die Tätigkeit des Vereins Jugendhaus Geislingen e.V., der sich im kommenden Jahr auflösen wird, hat der Stadt zehntausende Euro gespart. Da kein Nachfolger des ausscheidenden Vorsitzenden gefunden wurde, gibt der Verein das Kinder- und Jugendhaus Tälesbahnhof zum Jahresende in die direkte Obhut der Stadt. Die Beschlüsse im Gemeinderat sind schon längst gefasst. Allerdings folgt daraus auch eine Steigerung der Arbeitsbelastung im Fachbereich 5. Gerade an diesem Vorgang zeigen sich jedoch auch die Grenzen des Ehrenamtes.

Klar sein muss aber auch, dass das Ehrenamt ein verlässliches und bedarfsgerechtes Angebot an öffentlicher Daseinsfürsorge nur ergänzen, nicht ersetzen kann. Deshalb braucht Ehrenamt auch die Unterstützung durch hauptamtliche Kräfte.

Nachdem bekannt war, dass auch nach Geislingen **Asylbewerber** kommen werden, hat sich schnell ein großer **ehrenamtlicher Unterstützerkreis** gebildet, der von Freizeitkursen, Fahrrädern, Sprachkursen, Verkehrserziehungskurs, Projekte im Rahmen von „Toleranz fördern“ vieles organisierte, was dringend benötigt und gebraucht wurde. Die Asylbetreuerin des Landkreises kann in Anbetracht dessen, für wie viele Asylbewerber sie zuständig ist, nicht alles regeln und ist dabei auf diese ehrenamtliche Unterstützung angewiesen. Inzwischen unterstützt auch die Diakonie mit ihrer hauptamtlichen Struktur

den Freundeskreis und stellt Räume für Treffen zur Verfügung. Dafür sind wir allen Helferinnen und Helfer dankbar.

Konflikte die bei der Unterbringung von Asylbewerber entstehen können, z.B. mit Anwohnern, müssen durch frühzeitige Information, Transparenz und Gesprächen begegnet werden. Wir sind eines der reichsten Länder der Erde, wir leben vergleichsweise in Luxus. Flüchtlinge sind Opfer von Diktaturen, Kriegen, Elend – meist von Menschen gemacht und oft auch Folge globaler Verwerfungen. Sie haben ein Recht darauf, dass wir sie unterstützen. Wir können nicht alles auf andere Länder abschieben. Denn eines ist klar: In der gegenwärtigen Welt ist für immer mehr Menschen die Flucht aus ihrem Heimatland die einzige Möglichkeit zu überleben.

Auf einen weiteren Aspekt möchte ich den Blick lenken: Flüchtlinge aus Bürgerkriegsgebieten wie Syrien bekommen relativ schnell ihre Anerkennung. Sie müssen dann auf dem normalen Wohnungsmarkt eine Wohnung suchen. Ist die Stadt darauf vorbereitet? Wie sieht da die Rolle der GSW aus?

Nachdrücklich unterstützen möchten wir das Anliegen des **Integrationsrates** auf Einrichtung einer VAB 0 Klasse (Vorbereitungsklasse) im Berufsschulzentrum in Geislingen für jugendliche MigrantInnen, die frisch eingereist sind, und AsylbewerberInnen, die nicht mehr in die Werkrealschule gehen können. Bisher gibt es drei dieser Klassen in Göppingen, die aber voll sind. Der Brief des OB an Regierungspräsidium und Landkreis ist nun schon einige Wochen unterwegs. Sollte in absehbarer Zeit keine Antwort kommen, bitten wir darum diesbezüglich nachzuhaken.

Ein **Antrag des Tierschutzvereins** für einen Katzenhausanbau liegt der Stadt vor. **Wir beantragen einen angemessenen Betrag als Drittelfinanzierung im Haushalt einzustellen, damit eine Komplementärfinanzierung durch das Regierungspräsidium gesichert werden kann.**

Letztes Jahr habe ich unsere Stellungnahme mit der Kultur begonnen, heute möchte ich sie damit abschließen. Geislingen ist kulturell keine verschlafene Kleinstadt, sondern möchte man fast sagen, eine „kulturelle Hochburg“ von der Stadtbücherei, Musikschule, Heimatmuseum hin zu ehrenamtlichen und privaten Initiativen, wie Theatergruppen, Rätsche, Seemühle etc. Zum zweiten Mal wurde schon der Geislinger Kulturherbst mit der Verleihung des Geislinger Kulturpreises für junge Talente durchgeführt. Der nächste Kulturherbst ist schon mit dem Gedenken an den 200. Geburtstag des – wie man so sagt – zweiten Stadtgründers Daniel Straub geplant. Bei diesen Veranstaltungen zeigt es sich immer wieder, was für ein Potential in Geislingen steckt. Geschichts- und Kulturverein, Stadtarchivar, Theatergruppen, Musikgruppen aber auch kulturelle Einrichtungen wie die Rätsche ziehen hier gemeinsam an einem Strang und bieten jedes Mal ein umfassendes, das Wissen um Geislingen erweiterndes, kulturelles, geschichtliches und wissenschaftliches Angebot. Dazu gehört auch die Initiative zur Verlegung einer Stolperschwelle auf dem Weg vom ehemaligen KZ-Außenlager zur WMF, dem täglichen Weg der weiblichen, hauptsächlich jüdischen Gefangenen zum Gedenken an den 70. Jahrestag ihrer Befreiung.

Ja, wir werden weiterhin Pläne machen auch wenn sie unzulänglich sein werden. Aber ohne eine möglichst verlässliche Planung geht es halt nicht. Dabei wird uns als kommunale Mandatsträger immer wieder klar, dass die kommunale Selbstverwaltung, als Keimzelle der Demokratie, immer mehr eingeengt wird. Es geht um den Erhalt unserer Kompetenzen und auskömmliche Einnahmen.

Zum Schluss möchte ich mich bei den Beschäftigten der Stadtverwaltung, Oberbürgermeister Dehmer, Kämmerer Bernd Pawlak und seiner Mannschaft für die Erstellung des Haushaltes und für die konstruktive Zusammenarbeit im vergangenen Jahr bedanken. Ausdrücklich einschließen möchte ich dabei meine GemeinderatskollegInnen und ausdrücklich auch den ausgeschiedenen OB Wolfgang Amann.

An dieser Stelle möchte ich Sie alle zum Neujahrsempfang der SPD Geislingen am 08.01.2014 im Foyer der Jahnhalle mit der Landesbezirksleiterin von ver.di Baden-Württemberg und der stellv. Landesvorsitzenden der SPD Leni Brey Meyer einladen.

Ihnen allen und den Bürgerinnen und Bürgern wünschen wir ein schönes, besinnliches Weihnachtsfest und ein gutes neue Jahr 2015.

Im Namen der SPD-Fraktion

Thomas Reiff (Fraktionsvorsitzender)

Geislingen, den 17.12.2014